

Akzent:

Zukunft des Service public

EDITORIAL

Matthias Loretan und Urs Meier

Hat man Gelegenheit, mit Amerikanern über unsere Rundfunkordnung zu diskutieren, so erlebt man immer wieder Verwunderung und Unverständnis: Wie kann man auf die Idee verfallen, von Staats wegen Radio- und Fernsehveranstaltungen anzuordnen, die von den Menschen anscheinend mehrheitlich nicht gewünscht werden? Weshalb versucht man die unmittelbarste Demokratie, nämlich die der freien Auswahl auf dem möglichst unbeschränkten Markt der Angebote, zu gängeln? Ist es nicht einfach die alte Obrigkeit, die sich unter einem Deckmantel in die moderne Zeit gemogelt hat und mit hehren Begriffen eine Macht ausübt, die ihr längst nicht mehr zusteht?

Unter dem Ansturm so einfacher, plausibler Parolen hält es schwer, das Gebäude von Argumenten zu verteidigen, in dem die Idee des *Service public* untergebracht ist. Zudem scheint es, dass die Lust und die Bereitschaft zum gedanklichen Nachbauen solcher theoretischer Konstruktionen allmählich rar werden. Nicht wenige denkende Zeitgenossen sind es einfach leid, sich permanent auf der Seite der Abwehr und des Rückzugs vorzufinden. Irgendwann lockt sie die geistige Bewegungsfreiheit, fasziniert sie die Gelegenheit zum Abwerfen von Kulturballast. Tief im Herzen manches getreuen Anhängers einer sozial- und kulturpolitisch gelenkten Entwicklung nistet der Zweifel. Läuft nicht alles in die Gegenrichtung? Können Solidarleistungen aufrecht erhalten werden, wenn sie die Konsummöglichkeiten der ihren Individualismus feiernden Menschen einschränken? Hat die Anstiftung zu kultureller Auseinandersetzung eine Chance auf dem quantitativ und qualitativ expandierenden Markt der Unterhaltung?

Die SRG ist nach wie vor das grösste und bedeutendste Medienunternehmen des Landes. Sie ist wirtschaftlich

gefestigt und politisch nicht in Frage gestellt. Warum also der Titel dieser Ausgabe von ZOOM K&M? – Der politische Konsens, auf dem der *Service public*-Gedanke gründet, hat an Festigkeit verloren und kann jederzeit ins Rutschen geraten. Starke wirtschaftliche und politische Gruppen sind an dessen Demontage interessiert und warten vermutlich auf die günstige Gelegenheit: ein attraktives privates Projekt als Zugpferd, eine Empörungswelle gegen die SRG als Rammbock, eine Hau-ruck-Stimmung als Signal des Aufbruchs aus der allgemeinen Krise.

Dies ist das unwahrscheinlichere Szenario. Näher bei schweizerischen Realitäten liegt die Möglichkeit, dass die SRG ausgehungert wird: Einbrüche bei den Gebühreneinnahmen wegen dem neuen System des Einzugs, Abwanderung von Geldern zu den Werbefenstern ausländischer privater Fernsehunternehmen, politische Blockierung jeglicher Gebührenanpassung und somit keine Kompensation für die weiterhin gewaltig wachsenden Kosten; in der Folge sinkende Akzeptanz, geringerer politischer Rückhalt, Absinken in die Maginalität. Das Schicksal des *Public Broadcasting System (PBS)* in den USA, bisher aus europäischer Sicht stets als rein amerikanisches Phänomen taxiert, kann plötzlich doch zum Modell einer möglichen Entwicklung werden. PBS macht am Rand des amerikanischen Rundfunkmarkts im öffentlichen Auftrag Kultur- und Bildungsprogramme. Es ist in hohem Mass auf private Stiftungen angewiesen, und seine Radio- und Fernsehsendungen sind durchsetzt mit Spendenaufrufen ans Publikum.

Trotzdem reden wir von *Zukunft des Service public*. Es ist zu deutlich, dass es ihn braucht, als dass man die Dinge laufen lassen könnte.